

12.24

**Bundesrat Martin Preiner** (ÖVP, Niederösterreich): Geschätzter Herr Präsident! Herr Bundeskanzler Kern, es tut mir leid, dass Sie jetzt den Saal verlassen. (*Bundeskanzler Kern – den Saal verlassend –: ... aber ich werde es nachsehen! – Heiterkeit.*) – Ich bitte darum, ich hätte ein paar Anregungen mit. (*Zwischenbemerkung des Bundeskanzlers Kern.*) – Okay.

Geschätzte neue Mitglieder der Bundesregierung! Die Republik Österreich steht vor großen Veränderungen. Wir werden am 8. Juli einen neuen Bundespräsidenten angeloben, und heute präsentiert sich hier bei uns im Bundesrat eine zum Teil neue Bundesregierung mit einem neuen Bundeskanzler. Ich sage den Regierungsmitgliedern, dem Herrn Bundeskanzler: Herzlich willkommen hier im Bundesrat! Liebe Bundesminister! Liebe Frau Staatssekretärin Duzdar, vor allem Dir: Herzlich willkommen zurück im Bundesrat! Du hast etwas Wesentliches angesprochen, was nämlich für die Republik, glaube ich, auch Vorbild sein kann, nämlich die Gesprächs- und Diskussionskultur, die wir hier pflegen. In diesem Sinne hoffe ich auf eine gute Zusammenarbeit.

Geschätzte Damen und Herren! Liebe Mitglieder des Bundesrates! Zu jeder Zeit **war** es schon höchste Zeit, und es **ist** höchst an der Zeit, notwendige Reformen in Angriff zu nehmen.

Der Herr Bundeskanzler hat auf drei Teilbereiche hingewiesen, die ich verstärken möchte. Es ist dies der Bereich des Arbeitsmarktes, der Bereich der Bildung und der Bereich der Verwaltung, denn die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten dramatisch verändert. Es ist einfach notwendig, sich der Zeit anzupassen und hier Maßnahmen zu setzen.

Es sind Maßnahmen im Arbeitsrecht zu setzen, und es sind auch Maßnahmen in der Gewerbeordnung zu setzen, um mehr Beschäftigung zu generieren, um **junge** Unternehmer und **junge** Unternehmerinnen zu motivieren, um letztlich neue Unternehmen zu generieren. Der Herr Vizekanzler hat darauf hingewiesen: Wir brauchen ein Bewusstsein des selbständigen Denkens, des Unternehmerisch-Seins. Um das zu unterstützen, heißt es, auch unser Sozialsystem und unsere Sozialgesetzgebung zu überdenken – nicht, um Sozialabbau zu betreiben, sondern um bestehende Systeme zu sichern.

Die Devise heißt: Leistung nicht für jene, die sie wollen, sondern Leistungen für jene, die sie brauchen! Dazu möchte ich ein praktisches Beispiel anführen:

Ich bewirtschafte eine biologische Landwirtschaft und brauche Saisonarbeiter. Vier Wochen lang war es nicht möglich, über das AMS vier Hilfskräfte zu generieren. Es mussten dann über ein Personalbüro ausländische Kräfte angemietet werden. Da frage ich mich: Ist unser System wirklich so, wie es sein sollte?

Ich darf hier jemanden zitieren, nämlich Sozialminister Stöger, der – bei der Eröffnung der Arbeiterkammer in Niederösterreich – gemeint hat: „Wir haben Verteilungsungerechtigkeit in der Arbeitswelt: Zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit und beim Arbeitsvolumen: Wir haben Menschen, die vor lauter Arbeiten kaum Luft zum Atmen haben und 400.000 Arbeitslose. Wir brauchen neue Wege, Arbeit gerechter zu verteilen“.

Da müssen wir auch über das Thema Mindestsicherung und die Höhe der Mindestsicherung reden, und nehmen wir uns ein Beispiel an der Bundesrepublik Deutschland.

Dazu möchte ich auch den Vorschlag eines Zweiten Arbeitsmarktes einbringen, wobei ein Teil des Einkommens erarbeitet und ein Teil des Einkommens von der Gesellschaft, vom Staat, dazugegeben wird. Ein Zweiter Arbeitsmarkt für jene, die ihn brauchen, aber vor allem für Flüchtlinge. Ich habe selbst zwei Flüchtlinge im Herbst beschäftigt, nur ist es einfach schwierig, wenn keine Deutschkenntnisse vorhanden sind, einen ordnungsgemäßen Kollektivvertragslohn zu bezahlen. Hier muss oder soll es einen Unterschied geben, wenn wir diese Leute in Beschäftigung bekommen wollen. Wir dürfen auch darüber reden, ob gemeinnützige Tätigkeiten nicht für öffentliche Leistungen erbracht werden. Manchmal sollten wir uns fragen: Wie schützen wir die arbeitenden Menschen vor Überbelastung? Wie stellen wir auch in diesem Bereich Gerechtigkeit her?

Der zweite Bereich ist der Bereich der Bildung, und wenn wir Bildung neu denken, dann müssen wir sagen: Wir brauchen mehr Zeit für unsere Kinder. Ich glaube, es ist auch notwendig, Grabenkämpfe zu beenden. Ob Gesamtschule oder Gymnasium ist nicht die Frage, wir brauchen flächendeckende Ganztagschulen oder Einrichtungen mit Ganztagesbetreuung, um die Kinder und letztlich auch die Eltern zu entlasten. Mehr Wochen Unterricht und weniger Ferien sind weniger Stress für Schüler und Lehrer. Wir brauchen nicht das Pauken von Wissen, sondern wir brauchen das Vermitteln von Fähigkeiten und das Erkennen von Zusammenhängen. Wissen ist heute leicht generierbar, wir googeln das alles sehr schnell, aber die Zusammenhänge zu erkennen und das auch zu deuten, sollten wir stärker vermitteln.

Zum dritten Bereich: Seit Jahren reden wir von Verwaltungsvereinfachung. Und? – Wir selbst beschließen laufend neue Gesetze. Unser Staat ist nicht einfacher, sondern unverständlicher geworden, die Rechtssicherheit ist nicht höher geworden und das Rechtsverständnis ist geringer geworden.

Nehmen Sie einen Unternehmer eines Klein- oder Mittelbetriebes her! Ich kenne keinen, der seine Lohnverrechnung selbst durchführen kann, und Hand aufs Herz: Welcher Arbeitnehmer kann seine Lohnabrechnung sinnerfassend lesen? – Ich glaube, da gibt es viel zu tun, um Verwaltung zu vereinfachen. Wir selbst können als Mitglieder des Bundesrates, als Mitglieder der Gesetzgebung entsprechend dazu beitragen. Deshalb erwarte ich mir Regierungsvorlagen, die Gesetze vereinfachen. Ich erwarte mir Regierungsvorlagen, die manche Gesetze reduzieren und die sie vor allem lesbarer machen.

Wenn „neu regieren“ kein Schlagwort bleiben soll, dann liegt es auch an uns, die wir parlamentarisch tätig sind, nicht weltanschauliche Unterschiede bis zum Exzess zu pflegen, sondern einen gemeinsamen Nenner für Lösungen in diesem Land zu suchen; nicht einen Dauerwahlkampf, auf Umfragewerte schielend, zu führen, sondern die gemeinsame Kraft für die Lösung der Probleme unserer Zeit einzusetzen. Und das richtet sich auch an die Opposition, denn der Wähler entscheidet am Ende einer Legislaturperiode. Wir sind für die Gestaltung unseres Landes gewählt, für die Zukunft und damit für die der nächsten Generation.

Ich darf zum Abschluss eine junge Österreicherin zitieren, die schreibt:

„Wir leben in Frieden und sind nicht umgeben von Waffen. Wir sind eine Kulturnation, die aus der Mischung etwas Eigenes kreiert. Denn Österreichisch ist weit mehr als Deutsch. Österreichisch ist immer Synthese zwischen Ost und West, zwischen Berg und Ebene, zwischen großer Stadt und kleinem Dorf. Und das funktioniert, weil wir aufeinander schauen, einander respektieren und helfen, anstatt uns zu bekämpfen. Unhysterisch, besonnen, mit einem klaren Bekenntnis zu Weltoffenheit und Moderne. Und ja, besser geht's immer (...).“ Soweit Veia Kaiser.

Und dass es immer besser geht und dass wir entsprechend diesem Geist arbeiten, das wünsche ich unsere neuen Bundesregierung und das wünsche ich der Republik Österreich. Alles Gute! *(Beifall bei ÖVP und SPÖ sowie der Bundesrätin Reiter.)*

12.33

**Vizepräsident Mag. Ernst Gödl:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Jenewein. – Bitte.